

PV-Anlagen: Deshalb lehnt der Rat das Contracting-Modell ab

Mit knapper Stimmenmehrheit gibt's ein Nein zur Idee der SPD für öffentliche Gebäude. Einig ist man sich dennoch.

Simone Flörke

■ **Höxter.** In einem waren sie sich einig: dass die Installation von Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden sinnvoll, zukunftsgerichtet und richtig ist. Nicht einig hingegen waren die Ratsvertreter darüber, mit welcher Struktur und vor welchem Hintergrund das passieren soll. Die SPD hatte dafür einen Prüfauftrag als Antrag in den Rat eingebracht, ob ein sogenanntes Contracting ein Weg sein können. Ein Contractor – wie zum Beispiel die von der SPD in Gespräch ge-

brachte die Gas- und Wasserversorgung Höxter (GWH), die auch ihren PV-Anlagenbau online bewirbt – errichtet und betreibt die Energieanlage auf eigenes Risiko und Kosten auf der Basis von langfristigen Mietverträgen mit seinen Kunden – dem Fall der Stadt. Das Ergebnis in Form einer Wirtschaftlichkeitsberechnung sollte dem Rat in der ersten Sitzung nach der Sommerpause vorgestellt werden, so die Sozialdemokraten um Fraktionschef Günter Wittmann. In dieser Berechnung sollten die zwei Möglichkeiten

„Bau in Eigenregie“ versus „Vertrag“ gegenübergestellt werden.

Ein Argument für die SPD, dass die Stadt nicht selbst dies macht, sondern einer ihre Töchter überlässt, an der sie mit 75 Prozent beteiligt ist: die Verwaltung zu entlasten. Auch die Grünen im Rat sprachen sich für eine solche Prüfung aus – aufgrund des Umwelt- und Klimagedankens, so Volker Bertram. Und Martin Hillebrand (FDP) unterstützte den Antrag, weil man zunächst einmal Modelle prüfen und ausloten wolle.

Dennoch ging der SPD-Vorschlag nicht durch: Bei 17 Ja- und 20 Nein-Stimmen wogen die Bedenken von CDU und BfH schwerer. Karin Wittrock (CDU) mahnte an, dass das Gesamtkonzept in den Händen des Klimamanagers oder der Klimamanagerin liege: Diese Stelle ist im aktuellen Haushalt vorgesehen. Das Klimamanagement solle ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Stadt erarbeiten, das auch in Händen der Stadt bleibe, statt jetzt wieder ein neues Fass aufzumachen. Und Hermann Loges (BfH) hatte Bedenken hin-

sichtlich der Form des Contractings, bei dem beide Partner verdienen wollten und die Gewinnmenge verteilt werde, was den Gesamtertrag auch mit Blick auf Verwaltungskosten für die Stadt minimiere. Zudem sollten die im aktuellen Haushalt vorgesehenen 300.000 Euro als Investition in PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden für neue Förderprogramme von Land oder Bund als städtischer Eigenanteil investiert werden – und könnten damit „mit Fördermitteln veredelt“ werden, so Loges.